
Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragsteller Abg. Andreas Leitgeb) betreffend:

Schwellenwerte senken - Lärmschutz erhöhen

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, die Bundes-Umgebungslärmschutz-Verordnung anzupassen um eine Senkung der nationalen Grenz- und Maßnahmenswellenwerte zu erwirken.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Rechts-, Gemeinde- und Raumordnungsangelegenheiten

Ausschuss für Wohnen und Verkehr

Begründung:

Lärm macht krank. Schlafstörungen, Kopfschmerzen, Bluthochdruck, Kreislaufstörungen – seit Jahren warnt die Weltgesundheitsorganisation vor den negativen Folgeschäden. Die Europäische Umweltagentur geht gar davon aus, dass jährlich etwa 460 vorzeitige Todesfälle auf Verkehrslärm zurückgeführt werden können. Diese schwerwiegenden Auswirkungen dürfen nicht länger ignoriert werden!

Die WHO sieht im Verkehrslärm eine der größten umweltbedingten Gesundheitsgefahren. Im Oktober 2018 wurden von der WHO überarbeitete Leitlinien für die Bewertung von Umgebungslärm veröffentlicht. Eine aktuelle Studie¹ zeigt nun dringenden Handlungsbedarf für Österreich auf - die hiesigen Schwellenwerte seien deutlich zu hoch.

¹ Hutter/Moshhammer (2020) WHO Environmental Noise Guidelines 2018 – Relevanz für Österreich; Wien

Die Grenzwerte im Straßenverkehr liegen tagsüber aktuell bei 60, nachts bei 50 dB – geraten wird, 54 bzw. 45 Dezibel nicht zu überschreiten. Auch die Werte im Schienenverkehr seien mit 70 statt 54 dB tagsüber und 60 statt 44 Dezibel nachts deutlich zu hoch – so die Studienautoren.

Die Entscheidungsträger sind aufgerufen, den durch Lärm verursachten gesundheitlichen Folgen zu begegnen und zielgerichtet Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen. Speziell der Bevölkerung, die von den Immissionen nach den neuen Leitlinien besonders belastet ist, muss geholfen werden. Übergeordnete Interessenlagen, etwa der Schienenverkehr und dessen anderweitige Vorteile, müssen zwar berücksichtigt werden, dürfen aber kein endgültiges Hindernis darstellen.

Selbst das Umweltbundesamt hält in einem Kontrollbericht fest, dass „die in Österreich festgelegten Schwellenwerte angesichts der kürzlich von der WHO veröffentlichten Leitlinien hoch erscheinen“ – es besteht also Handlungsbedarf.



Innsbruck, am 12. Mai 2021

